

NZZ Podium vom 22. Mai 2008

Frankreich Ein Jahr Sarkozy

Referat von Dr. Christian Müller, Frankreich-Korrespondent «Neue Zürcher Zeitung»

«Sarkozy de l'an II» weiter im Reformgalopp
Zwischenbilanz eines hürdenreichen Umbruchs

Schimmernder Marmor und erotischer Zauber von Antonio Canovas liegender Venus berücken auch genau zweihundert Jahre nach ihrer Enthüllung wie eh und je. Ein skandallüsternes Raunen ging damals durch das Reich des im Zenit seiner Macht stehenden Kaisers der Franzosen. Denn für die «Venere Vincitrice» hatte seine lebens- und liebeslustige Schwester Paoletta Buonaparte, verwitwete Generalin Leclerc und nunmehrige Principessa Borghese, fast alle Hüllen fallen lassen. Die Anekdote weiss zu berichten, dass ein ob solch betörender Nacktheit und modellgetreuer Nachbildung leicht verwirrter Betrachter auf die Frage, ob dies für die Fürstin denn nicht etwas genant gewesen sei, von dieser mit einem kecken Lachen und der Antwort beschieden worden sei: «Nein, weshalb? Das Atelier war gut geheizt.»

Als Carla Bruni Tedeschi, verehelichte Madame Nicolas Sarkozy, jüngst an der Seite des ihr zivil angetrauten Präsidenten der Französischen Republik dem Vereinigten Königreich auf Einladung der britischen Monarchin einen Staatsbesuch abstattete, lieferte die Londoner Tabloid-Presse zur Ankunft eine giftige Variation auf die uralte französische Klage über das perfide Albion: Eine lange zuvor aufgenommene und bald danach in New York zur Versteigerung gelangende Fotografie des hüllenlos, aber in elfenhafter Unschuld ohne suggestiven Sinnesreiz dastehenden einstigen Mannequins erschien in allen Blättern. Tadelloser Parcours durch das ganze Hofprotokoll, Eleganz und Charme der Präsidentengattin bezauberten indes das faszinierte Inselfublikum, so dass nicht sie sich eine Blösse vorzuwerfen hatte, sondern die Skandalfinken der Fleet Street. Die Erinnerung an Pauline Borghese wurde gleichwohl für einen Augenblick durch Carla Bruni geweckt, bevor dann ein einstmals schon Mitterrand zudienender Altmeister französischer Publizitätsgaukeleien fürs erste Amtsjubiläum Sarkozys auf die Pirouette verfiel, aufs Erfolgskonto dieses Präsidenten sei auch zu buchen, dass er Frankreich «sa plus belle première dame» gegeben habe.

«Le style, c'est l'homme», heisst ein alter Spruch. Sarkozys turbulentes Privatleben sorgte für ein Übermass an Schlagzeilen und wurde schliesslich zum Politikum, weniger weil es der Opposition den Vorwand für unzählige Attacken lieferte als vielmehr im Hinblick auf die auch unter seiner konservativen Stammwählerschaft um sich greifende Konsternation über persönliche Zurschaustellung, Scheidung und rasche Wiederverheiratung. Die anfänglich weitherum gezogenen Parallelen zu einstigem

Kennedy-Glamour entpuppten sich als völlig verfehlt, weil die damalige Präsidentengattin – ohnehin bereits die zweite Ehefrau des Staatsoberhauptes – sich nicht der Staatsraison beugte wie einstmals Jacqueline Bouvier, sondern im Gegenteil sich als eine Belastung herausstellte und in der Rückschau nun für vieles mitverantwortlich erscheint, was dann Sarkozy als ansehensschädigender Hang zu «bling-bling» angekreidet wurde. Auch wenn die sittenstrenge «Tante Yvonne» de Gaulle sich über alldem vielleicht im Grab umdrehte und das ungewohnte Gehabe des ostentativen Milliardärfreundes an der Staatsspitze beim einen oder andern bürgerlichen Wähler in Neuilly-sur-Seine tiefes Stirnrunzeln hervorrief, gehörten die meisten Eskapaden hauptsächlich in die Klatschspalten. Anders verhielt es sich mit Sarkozys Entschluss, vom Herrschaftspodest seiner Vorgänger herunterzusteigen und den unbändigen Drang nach Volkstümlichkeit in echte Bürgernähe unter Aufnahme des direkten Gesprächs beispielsweise mit streikenden Eisenbahnern oder erzürnten Fischern zu verwandeln. Wo dabei die Würde des Präsidenten der Republik bleibe, schrie das entsetzte Publikum auf.

Die «soldats de l'an II» mussten einst im Massenaufgebot losziehen zur Rettung von Frankreichs Revolution gegen deren äussere Feinde. Der «Sarkozy de l'an II» hat nun seinen Stil in vielerlei Hinsicht gewandelt und sucht dem von ihm unterschätzten Bedürfnis einer grossen Mehrheit der Bevölkerung nach einer würdevollen Respektsperson im befristeten Amt der französischen Wahlmonarchie wieder vermehrt Rechnung zu tragen. Die ihm politisch zum Vorwurf gemachte «Präsidialisierung» des Herrschaftssystems ist ihm für seine persönliche Amtsausübung vom Publikum geradezu aufgezwungen worden.

«Seit de Gaulle ist es zu keiner solchen reformerischen Anstrengung mehr gekommen.» Mit dieser Feststellung resümierte Präsident Sarkozy kurz vor Vollendung seines ersten Jahres im höchsten Staatsamt Frankreichs das von ihm eingeleitete Reformwerk. Elan und Dynamik, die der sechste Präsident der Fünften Republik zur Beseitigung eines gewaltigen Reformstaus und zur Modernisierung des Landes vom ersten Tag an im Elysée entfaltete, suchen in der Tat ihresgleichen. Dennoch dominiert nach dem ersten Jahr der auf fünf Jahre bemessenen Amtsperiode nicht eine von Optimismus oder sogar Enthusiasmus getragene Aufbruchstimmung. Vielmehr überwiegen fast allenorts Enttäuschung und Morosität. Mit über 53 Prozent war Sarkozy mit einem selten guten Ergebnis am 6. Mai letzten Jahres gewählt worden. Umso jäh mutete dann nach Monaten hoher Zustimmung der Absturz in den Meinungsumfragen nach nur wenig mehr als einem halben Jahr der Amtsausübung an. Weshalb kam es nach dem himmelhochjauchenden Triumph zu dieser zu Tode betrübenden Stimmungslage grosser Teile der Wählerschaft, wie sie sich auch in der Niederlage des Regierungslagers in den Gemeindewahlen vom März manifestierte? Seit mindestens einem Vierteljahrhundert seien in Frankreich bitter nötige Reformen immer wieder hinausgeschoben, vertagt oder gänzlich unterlassen worden, argumentierte Sarkozy mit ungebrochener Verve im Rückblick auf sein erstes Amtsjahr. Nicht eine Reform nach der andern, sondern alle zugleich in einem beispiellosen Modernisierungsgalopp wolle er anpacken, hatte er schon vor seiner Wahl verkündet.

Dieses Versprechen hielt er weitgehend. Und darin liegt denn auch ein wichtiger Grund für die nun weitverbreitete Unzufriedenheit. Frankreich ist das Land der Revolutionen und kaum der Reformen. Tiefgreifende Umwälzungen und ein überfälliges Aggiornamento sind in der französischen Geschichte häufig durch gewaltsame Eruptionen herbeigeführt worden und weitaus weniger in regelmässig-behutsamer Anpassung an einen beständigen Zwang zur Erneuerung und Modernisierung. Reformen stossen unverzüglich auf heftigen Widerstand der betroffenen Interessengruppen oder Bevölkerungskategorien. «Viel Feind, viel Gegenwehr» droht unweigerlich ein solches Vorgehen zu provozieren.

Sarkozy zog aus dem Scheitern so mancher Reformanläufe seiner Vorgänger die Lehren. In der Gunst der Stunde des Anfangs, in welchem dem neuen Amtsinhaber zumeist ein «état de grâce» eingeräumt wird, galt es, alle Kräfte auf die Verwirklichung nicht bloss einer einzigen Reform zu konzentrieren. Vielmehr sollte das Werk an sämtlichen Fronten gleichzeitig angegangen werden. Ziel war ein weit ausholendes Manöver der Überrumpelung mit dem Zwecke, den im Wahlkampf propagierten Bruch mit überholten Strukturen und herkömmlichem politischem Brauchtum so umfassend wie möglich zu vollziehen.

Von allen Verheissungen des Regierungsprogramms des Kandidaten Sarkozy prägte sich das Versprechen einer erhöhten Kaufkraft der auf einen deutlichen Wirtschaftsaufschwung hoffenden Wählerschaft besonders markant ein. «Travailler plus pour gagner plus» hiess die moderne Adaptierung der legendären Devise «Enrichissez-vous!». Die von den Sozialisten eingeführte 35-Stunden-Arbeitswoche wagte indes auch Sarkozy nicht direkt zu annullieren. Doch durch eine Reihe von Massnahmen sollten ihre negativen Auswirkungen zumindest de facto eingedämmt werden. Ein «Fiskalpaket» wurde rasch durchs neugewählte Parlament verabschiedet. Wegen der Plafonierung der Gesamtsteuerlast eines Steuerzahlers mit einem «bouclier fiscal» bei 50 Prozent aller Einkommenserträge, wegen einer kräftigen Erhöhung der Freibeträge im Erbschaftssteuerrecht sowie wegen der neuen Möglichkeit, zumindest einen Teil der Darlehenszinsen beim Erwerb von Wohneigentum von den Steuern abzuziehen, wurde diese Reformvorlage sogleich von der Opposition als ein «Geschenk an die Reichen» verschrien. In solcher demagogischer Verzerrung fehlte völlig die gleichzeitig verfügte Steuer- und Abgabenbefreiung für alle geleisteten Überstunden der Arbeitnehmer. Später wurde weitherum eine Auswirkung dieser letztgenannten Massnahme auf die Kaufkraft von den zahllosen Kritikern entweder ganz verneint oder bagatellisiert. Im Rückblick musste Sarkozy einräumen, dass bei der öffentlichen Darstellung des «Fiskalpakets» vonseiten der Regierung ein «vollständiger Kommunikationsfehler» begangen worden sei.

Im Urteil des Durchschnittswählers zählte noch vor Ablauf von Sarkozys erstem Amtsjahr praktisch nur eine Tatsache: Er hatte nicht mehr Geld im Portemonnaie. Im Gegenteil sorgte der schwindelerregende Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise für eine Wiederingangsetzung der längst ferner Vergangenheit zugerechneten Inflationsspirale. Die Krise am amerikanischen Hypothekenmarkt mit weltweiten Konsequenzen und die extreme Dollarschwäche mit entsprechend überhöhtem

Wechselkurs des Euro verschärften zusätzlich die widrige Konjunkturlage, bei welcher jedes Reformwerk zu einem waghalsigen Abenteuer zu werden versprach. Was keine Regierung der Linken oder der Rechten vor Sarkozy wirklich versucht, geschweige denn erreicht hatte, gelang diesem Reformen immerhin in einer Hinsicht schon im ersten Halbjahr: die schrittweise Abschaffung der Rentenprivilegien für Staatseisenbahner und eine Reihe anderer Berufskategorien im öffentlichen Sektor. Der harte Widerstand der meisten Eisenbahnergewerkschaften, ihr landesweiter Streik von über einer Woche Dauer oder das Ungemach besonders der Benutzer des Untergrundbahnnetzes von Paris – dies alles ist vom Publikum heute praktisch völlig vergessen. Entschlossenheit und Hartnäckigkeit demonstrierte Sarkozy im Arbeitskampf um die «régimes spéciaux» und markierte damit auch den Kontrast zum zögerlichen, schliesslich im Immobilismus mündenden Lavieren seines Amtsvorgängers Chirac. Dieser war einstmals von seinem Pompidou immerhin noch als «Bulldozer» bezeichnet worden.

Auch Sarkozy ging bei all seinem Ungestüm indes nicht als ein solcher Bulldozer vor, sondern wusste durchaus auch Flexibilität zu beweisen. Behutsam und jedenfalls nicht mit der ihm von seinen politischen Gegnern unterstellten Furcht ging der neue Staatschef an den versprochenen Abbau von Frankreichs aufgeblähtem Beamtenapparat. Der Beamtenabbau, namentlich im Schulwesen, wo gleichzeitig ein Rückgang der Schülerzahlen auftritt, bedeutet alles andere als eine brutale Dezimierung. Gleichwohl wird von der Linken mit Hilfe ihrer Lehrgewerkschaften ein solches Zerr- und Schreckbild an die Wand gemalt. Dass vierzig Jahre nach der Revolte des Mai 1968 die aktive Minderheit von Studenten- und Schüleragitatoren sich als Gralshüter überholter Dogmen gebärdet und in konservativer Zukunftsangst unerlässliche Reformen verweigert, stellt eine ebenso groteske wie bittere Ironie dar. Einem Teil der Gewerkschaftsdachverbände dämmert da im Gegenteil schon die bessere Einsicht in die Realitäten einer modernen Globalisierungs-Gesellschaft. Sarkozys Beziehungen zu den Gewerkschaften passen auf jeden Fall nicht ins klassenkämpferische Holzschnittmuster und strafen alle von der Linken im Wahlkampf gemachten Voraussagen Lügen.

Vollends aus dem Rahmen einer engstirnigen Einordnung in das Schema von links und rechts fiel Sarkozys Anhänger wie Gegner überraschende Taktik einer «politischen Öffnung» nach links. Was anfänglich noch teilweise als blosses Manöver zur Verwirrung der Sozialisten vor den Parlamentswahlen eingestuft worden war, entpuppte sich bald ebenfalls als integraler Bestandteil seiner breit angelegten Reformstrategie, die er seither weiter ausgebaut hat. Nicht zum Entzücken seiner Stammwählerschaft und auch unter beträchtlichem Murren im Regierungslager fanden sich ziemlich prominente Sozialisten, an ihrer Spitze der zum Aussenminister ernannte «French doctor» Kouchner, teilweise auf Schlüsselposten der neuen Regierung Fillon.

Der desolante Zustand der Opposition und die klare Parlamentsmehrheit des Regierungslagers verpflichteten den Staatschef in keiner Weise zum Festhalten an seinem Öffnungskurs. Er hätte sich wie Mitterrand vor zwanzig Jahren mit einigen vor allem der politischen Kosmetik dienenden Ernennungen von nicht dem eigenen Lager

zugehörigen Figuren begnügen und dann die Sache auf sich beruhen lassen können. Sarkozy hatte jedoch schon zuvor, etwa als Innenminister mit der Abschaffung der «double peine» für straffällig gewordene Ausländer, deutlich zu erkennen gegeben, dass er mit seinem Reformwillen über ideologische Parteischranken hinwegzugehen bereit war, wo immer ihm dies sinnvoll und nützlich erschien. Bereits im Wahlkampf zog er als bonapartistischer Volkstribun auf Stimmenfang von rechtsausen bis nach links los. Ein korsischer Aussenseiter lieferte einst mit seinem Namen die Kennzeichnung von Stil, Substanz und Methode eines seither als Bonapartismus bekannten Herrschaftsphänomens. Beileibe nicht nur der kleine Wuchs und das Übermass an Energie des jetzigen Gebieters im Elysée verleiten zu Parallelen. Von den «trois droites», wie sie zur mittlerweile klassischen Diagnose der französischen Politologie zur Unterscheidung von legitimistischen, orléanistischen und bonapartistischen Rechten gehören, ist Sarkozy mit den meisten Aspekten und Zielsetzungen seiner bisherigen Amtsausübung am ehesten der letztgenannten Variante zuzurechnen.

Vorwürfe gegen eine «monarchische Cour» waren schon unter de Gaulle erhoben worden. Die verfassungsmässige Vorrangstellung des Staatsoberhauptes in der Fünften Republik bot dazu reichlich Handhabe. Hofschranzenthum, das von der Kritik hauptsächlich anvisiert wurde, entwickelte sich dann allerdings nach den Anfängen unter Giscard d'Estaing ausgerechnet in der erstmals die Linke am Machtruder etablierenden Ära Mitterrand zu einer bisher unerreichten Hochblüte. Der einstige Ankläger des «coup d'Etat permanent» gebärdete sich als Wahlmonarch par excellence. Halbernte Spötter mögen nun Sarkozy wegen seines Aktivismus als «hyper-président» seine Omnipräsenz und eine Neigung zum «coup d'éclat permanent» vorwerfen. Doch verkennen sie dabei schlicht die auf die Verfassung zurückzuführenden Ursprünge der Verhaltensweise des aus direkter Volkswahl hervorgegangenen und mit den ausschlaggebenden Befugnissen ausgestatteten Staatsoberhauptes.

«Der Chef der Regierung bin ich», hatte schon de Gaulle in völlig zutreffender Weise die Verfassungswirklichkeit gekennzeichnet. Der Möglichkeit einer Cohabitation, das heisst der unausweichlich konfliktschwangeren Koexistenz eines Präsidenten mit einem dann als Regierungschef auftretenden Premierminister gegensätzlicher politischer Couleur, hatte der Republikgründer ausdrücklich jede Legitimität abgesprochen. Mitterrand und Chirac verstiesen gleichwohl auf diese Weise gegen den Geist der dem Buchstaben nach in diesem Punkt widersprüchlichen Verfassung.

Beim jetzigen Projekt einer Verfassungsreform handelt es sich nicht um blosses Retuschen, sondern um die bedeutendste Revision seit der Volksabstimmung von 1962 über die Volkswahl des Staatsoberhauptes. Die Begrenzung von dessen Amtszeit auf zwei Mandate von je fünf Jahren zählt ebenso dazu wie einige neue Rechte für das seit fünfzig Jahren ein Kastratendasein fristende Parlament. Auf Napoleons III. Ende in Sedan war die Dritte Republik gefolgt. Kein Staatsoberhaupt durfte seither vor die Kammern des Parlaments treten. Nur mit einer schriftlichen Botschaft, deren Verlesung sich Deputierte und Senatoren stehend anzuhören hatten, konnte er sich an sie wenden. Nun da in der Fünften Republik der Präsident weitaus mehr als blosses Staatsoberhaupt oder gar nur «Chrysanthemen-Präsident», nämlich wirklich Staatsoberhaupt

ist, möchte Sarkozy den alten Zopf abschneiden und selber vor Nationalversammlung oder Senat oder vor den durch diese beiden zusammen gebildeten Kongress mit einer Rede treten können. Bisher konnten dies ausländische Staats- oder Regierungschefs auf Besuch in Paris, nicht hingegen der französische Präsident. Die Tragweite dieser Reform ist umstritten. Das Vorbild der «State of the Union»-Rede des amerikanischen Präsidenten wird zumeist bei der Erläuterung von Sarkozys Motivation genannt. De Gaulle hätte selbst kaum Wert darauf gelegt, als Staatschef wieder in die parlamentarische Arena hinabzusteigen. Als de facto erster und dann letzter Ministerpräsident der Vierten Republik hatte er genug von der kleinkarierten, intrigengeladenen «basse cour». Dennoch muss weder diese Verfassungsreform noch das übrige Erneuerungswerk Sarkozys automatisch mit einem Bruch gaullistischer Tradition gleichgesetzt werden. Die wahre Lehre, die aus de Gaulles Werk abzuleiten sei, bestehe in der Zurückweisung jeglicher doktrinärer Erstarrung, erläuterte Premierminister Fillon bei der Rechtfertigung von Frankreichs geplanter Rückkehr in die integrierte Kommandostruktur der Nato. In der Tat kann der einstige Prophet des mechanisierten Bewegungskrieges in der Ära des Maginotdenkens und dann auch der entschlossene Liquidator des Algerienkrieges gegen den Widerstand der spätkolonialistischen Anhänger einer Algérie française immer wieder auf diese Weise in Anspruch genommen werden. Nach aussen hin stellt gleichwohl Sarkozys Absicht zur vollen Rückkehr in die Nato einen klaren Bruch mit dem gaullistischen Dogma dar und weckt sowohl im Regierungslager als auch in der Opposition zahllose Einwände und Bedenken. Überhaupt scheint das generelle Rapprochement gegenüber Washington den fundamentalen Antiamerikanismus der politischen Elite Frankreichs vor den Kopf zu stossen und jahrzehntelang praktizierte Affekthaltungen in Frage zu stellen. Zur innerfranzösischen Beschwichtigung wiederholte deshalb Sarkozy immer wieder die Feststellung, dass Freundschaft nicht mit Unterwürfigkeit verwechselt werden dürfe; die klassische französische Formel dafür, nämlich «allié» heisse nicht «aligné», bleibt freilich so unsinnig wie eh und je, denn die gemeinsame Ausrichtung der Interessen stellt die Quintessenz einer Allianz dar.

Die Einsicht, dass man mit einer gemeinsamen Verteidigung der Europäer niemals vorankommen könne, solange Frankreich mit antiamerikanischen Quertreibereien stets das Verhältnis zu Washington belaste und den Verdacht eines antagonistischen Konkurrenzunternehmens schüre, liess unter anderem Sarkozy den Weg einer vollen Rückkehr in die Nato beschreiten. Auch diese Begründung, es gelte nun zugleich im Einvernehmen mit den Amerikanern und unter Überwindung von deren bisherigen Vorbehalten eine ihren Namen verdienende europäische Verteidigung aufzubauen, diene der innenpolitischen Abstützung der Abkehr vom gaullistischen Dogma, wie es Rechte und Linke in Frankreich seit über vier Jahrzehnten hochhielten. Dass Paris deshalb in Zukunft wieder innerhalb der integrierten Befehlsstruktur eine umgänglichere oder gar gefügigere Rolle spielen werde, ist allerdings nicht von vorneherein anzunehmen. Auch Sarkozy liess stets durchblicken, dass er einen Ausbau der Nato zu einem Bündnis westlicher Demokratien mit weltweiter Interventionskompetenz nicht mittragen werde. Schon bei der ersten Gelegenheit, nämlich am jüngsten Nato-Gipfel in

Bukarest, machte er gemeinsame Sache mit Deutschland, um im Gegensatz zu Washingtons Absichten einen Nato-Beitritt der Ukraine und Georgiens auf die lange Bank zu schieben. Das deutsche Zittern vor dem zornigen Einspruch des Kreml lieferte den Paravent, hinter dem Frankreich seinen ungebrochenen Willen zu starker Eigenständigkeit innerhalb der Allianz weiter ausleben konnte.

Andererseits lässt es nun Frankreich an Sukkurs im Kampf gegen islamistischen Terrorismus und gegen Irans Nuklearambitionen kaum fehlen. Zuweilen mutete die französische Einschätzung der Gefahr eines iranischen Griffes nach der Atomkeule sogar alarmierender und zugleich realistischer an als amerikanische Prognosen. Der verstärkte Schulterschluss in Afghanistan mit einem erhöhten Truppenengagement gehört ins selbe Kapitel und verschaffte Frankreich zudem die Möglichkeit, neben der Zurückerlangung der Gunst der Amerikaner mit relativ wenig Aufwand eine recht spektakuläre Rückkehr auf die Weltbühne zu inszenieren. Von ihr war es vor allem im Nahen und Mittleren Osten mit seinem heftigen Einspruch gegen den Irak-Krieg vorübergehend abgetreten, auch wenn dies der Nabelschau gallischer Selbstzufriedenheit zumeist bis heute völlig entgangen zu sein scheint. Mit vergeblichen Anläufen in Syrien, um dieses in der Krise in Libanon zurückzubinden, exemplifizierte hingegen die französische Nahostdiplomatie ihre ebenso peinliche wie dann aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängte Ohnmacht. Mit dem impulsiv anmutenden Entschluss, in Abu Dhabi am Gegenufer Irans im Persischen Golf einen permanenten Militärstützpunkt zu errichten und damit erstmals ausserhalb seines früheren Kolonialinflussbereichs sich mit einer Flottenbasis zu engagieren, betrat Frankreich unter Sarkozy aussenpolitisches Neuland.

Der intensive Verkauf ziviler Kernkraftwerke an Staaten der arabisch-islamischen Welt von Algerien über Libyen bis zu den Emiraten stiess auf Bedenken unter Verbündeten, nicht zuletzt in Berlin. Bildet er Bestandteil der umstrittenen, aber leiser fortgesetzten «arabischen Politik» Frankreichs, deren gaullistisch-proarabische Schlagseite durch Sarkozys Freundschaftsbeteuerungen gegenüber Israel immerhin etwas korrigiert wurde? Die Libyen zuteilgewordene Aufmerksamkeit des neuen Gebieters im Elysée verdankte sich indes nicht solchen Ambitionen, sondern zunächst allein Sarkozys Hang zu spektakulären diplomatischen Handstreichaktionen, in diesem Fall zugunsten der Befreiung der bulgarischen Krankenschwestern und des palästinensischen Arztes. Medienwirksamen Ruhm bei der punktuellen Beseitigung schreienden Unrechts suchte der Präsident auch mit seiner bisher vergeblichen Anstrengung zur Freilassung der französisch-kolumbianischen Farc-Geisel Ingrid Betancourt zu erlangen. Auch dafür war er einen politisch fragwürdig hohen Preis zu entrichten bereit, wie im Fall Ghadhafis. Dessen einwöchiger Zeltaufenthalt an den Ufern der Seine erschütterte die Glaubwürdigkeit der zuvor proklamierten Menschenrechtspolitik Sarkozys, wie dann später auch die eiligen Glückwünsche an den russischen Duma-Wahlmanipulator Putin oder das von französischen Firmeninteressen in China diktierte Lavieren nach Pekings gewaltsamer Intervention in Tibet.

Auch in Sarkozys Afrikapolitik hat sich ein starkes Element beinahe unausweichlicher Realpolitik behauptet, entgegen den ursprünglichen Ankündigungen eines Bruchs mit

den mannigfach korrupt-konspirativen Praktiken der «Françafrique» der letzten Jahrzehnte. Auf Druck schwarzafrikanischer Potentaten wurde der zuständige Staatssekretär Bockel versetzt, nachdem er vehement die versprochene Abkehr von der alten Ära eingefordert hatte. Sarkozys in Aussicht gestellte Reduzierung der französischen Truppenpräsenz auf dem Kontinent dürfte allerdings über die Bühne gehen, schon allein wegen des Zwangs zu weiteren Einsparungen in Frankreichs Militärhaushalt. Diesem scheint ohnehin unter dem jetzigen Präsidenten eine eher stiefmütterliche Behandlung bevorzuzustehen. Bei vermehrter Rückkehr zur klassisch-gaullistischen Nukleardoktrin, bei der die nationale Abschreckungsanstrengung eindeutig den Vorrang vor Angeboten einer Konzertierung mit europäischen Verbündeten hat, droht vor allem der Umfang des Heeres zu schrumpfen.

Der Traum, die Partner der Europäischen Union vor allem zur Potenzierung französischer Macht heranzuziehen, ist noch längst nicht ausgeträumt. Im Kleinen manifestierte er sich wieder einmal auch in der überhastet eingefädelten Schutztruppenaktion in Osttschad im Zusammenhang mit dem Darfur-Drama. An diesem ebenfalls der Mentalität diplomatischer Handstreichs entsprungenen Unternehmen beteiligen sich indes weder Grossbritannien noch Deutschland. Sie zählen in Sarkozys Bild von Europa jedoch zur Führungsgruppe, zusammen auch noch mit Spanien, Italien und Polen. Diese informelle Sechsergemeinschaft bildet de facto in der pragmatischen Optik dieses französischen Präsidenten das die Zukunft der EU bestimmende Kerneuropa. Im Grunde wirkt Sarkozy nicht wie ein überzeugter Anhänger der europäischen Idee und schon gar nicht als grosser Vorkämpfer weiterer Integration. Die rasche Herbeiführung des Kompromisses mit dem EU-Vertrag von Lissabon bezweckte vor allem die Überwindung von Frankreichs Isolierung nach dem Fiasko des Referendums über den Verfassungsvertrag. Die Wiederannäherung an die von Chirac vor den Kopf gestossenen neuen EU-Partner Ostmitteleuropas und dann vor allem der zunächst forsch im Alleingang verfolgte Gedanke einer Mittelmeer-Union gehorchten dem Wunsch nach einer stärkeren Stellung Frankreichs im Zentrum der EU und gleichzeitig nach Eindämmung des zunehmenden Vorranges des wiedervereinigten Deutschland. Ungeachtet aller Freundschaftshymnen geht es für Sarkozy im Verhältnis zu Berlin stets auch um ein Kräftemessen. In Sachen Union für das Mittelmeer musste er schliesslich ziemlich weit zurückstecken wegen des deutschen Einspruchs. Die Geschäftsroutine zwischen Paris und Berlin mag nach aussen hin fast wie bisher weitergehen, doch ein neuer zündender Funke für die deutsch-französische «entente élémentaire» ist kaum zu erwarten. Sarkozy operiert in einem Konzert von EU-Mächten und nicht im Geist einstiger Verbrüderungsszenen wie zwischen de Gaulle und Adenauer in Reims oder zwischen Mitterrand und Kohl in Verdun. Diese sind Vergangenheit, ebenso wie das einstige Ausscheren aus der Nato zur Erhöhung von Frankreichs «nuisance value» in der amerikanisch-sowjetischen Supermachtkonfrontation in der Ära des Kalten Krieges. In der heutzutage völlig anderen Konstellation vermag Frankreich mit einem Rapprochement an Washington und etwa mit einem Schulterschluss gegenüber Iran nun eher seinen weltpolitischen Rang im Vergleich zu Deutschland zu behaupten als mit braver Integrationspolitik oder mit sturem Festhalten an überholten Dogmen.